



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im Juni hat ein ägyptisches Gericht zwei Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Unser Büro in Ägypten wurde für aufgelöst erklärt.

Dieses Urteil ist der vorläufige Schlusspunkt in einem politischen Prozess, der schwerwiegende Konsequenzen für den ehemaligen Leiter unseres Kairoer Büros und für seine wissenschaftliche Mitarbeiterin hat, deren Familie dadurch auseinandergerissen wird. Fern von ihrer Familie wird sie jetzt eine neue Aufgabe für die Stiftung übernehmen, und es ist offen, ob und wann sie wieder nach Ägypten zurückkehren kann.

Wir nehmen dieses Urteil mit Bestürzung zur Kenntnis. Unsere Besorgnis reicht aber darüber hinaus. Waren es früher Militärdiktaturen Lateinamerikas und nur wenige Länder in den anderen Kontinenten, in denen die Arbeit beeinträchtigt wurde, so wird es heute in immer mehr Ländern schwer, für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

Davon betroffen sind auch keinesfalls nur die Politischen Stiftungen. In Ägypten etwa standen 43 Mitarbeiter unterschiedlichster, auch ägyptischer Nichtregierungsorganisationen vor Gericht. Aus anderen Ländern erhalten wir ähnliche Berichte von international tätigen Nichtregierungsorganisationen.

Es geht aber eigentlich gar nicht in erster Linie um die ausländischen Organisationen, die öffentlichkeitswirksam an den Pranger gestellt werden können: Es geht vielmehr um die immer wirkungsvoller auftretende Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche und politische Missstände anprangert.

In dem Maß, in dem die Zivilgesellschaft eines Landes ein Recht auf Teilhabe anmeldet und Transparenz und Rechen-

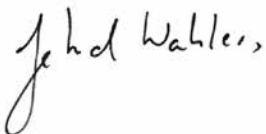
schaft einfordert, wird sie zu einer Herausforderung für das politische System. Das gilt insbesondere dann, wenn die Kultur des politischen Dialogs und der Partizipation noch nicht fest verankert sind.

Eine Reaktion wie die in Ägypten passt nicht zu den internationalen Vereinbarungen und Erklärungen, die auch von vielen dieser Länder unterzeichnet worden sind, und noch weniger passt sie in unsere Zeit. Wir leben in einem Zeitalter der global verfügbaren Teilhabe am Informations- und Wissensaustausch. Zu glauben, dass sich dieses Rad noch einmal zurückdrehen lasse, ist weltfremd.

Die Tatsache, dass etliche Länder, in denen die Konrad-Adenauer-Stiftung tätig ist, ein schwieriges Verhältnis zu Demokratie, Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft haben, rechtfertigt unser Engagement vor Ort. Wir sehen unsere Aufgabe darin, demokratische Entwicklungen zu fördern, Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen und einen vertrauensvollen Dialog zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass Minderheiten eine Chance auf Gehör und auf Teilhabe bekommen.

Glücklicherweise sind Beeinträchtigungen wie in Ägypten und vereinzelt anderen Ländern noch immer die Ausnahme. Der Großteil der weltweit über 80 Büros arbeitet unbehindert. Die Nachfrage nach Themen wie Parteidemokratie und Soziale Marktwirtschaft ist nach wie vor hoch. Nicht zuletzt hängt dies mit einem als erfolgreich wahrgenommenen Modell westlicher Demokratie zusammen.

Die jüngsten Ereignisse in Kairo sind damit auch ein Zeichen für die Relevanz und für die Notwendigkeit unserer Arbeit.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de